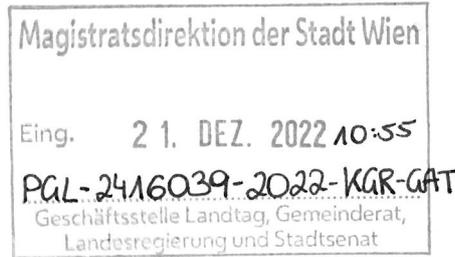


Grüner Klub im Rathaus



Ersuchen Stadtrechnungshof

der Gemeinderät*innen David Ellensohn (GRÜNE), Dr.in Jennifer Kickert (GRÜNE), Dipl.-Ing. Martin Margulies (GRÜNE), Nikolaus Kunrath (GRÜNE), Ömer Öztas (GRÜNE) und Georg Prack, BA (GRÜNE).

Die Gebarung der Wiener Volkshochschulen GmbH insbesondere im Hinblick auf in der Vergangenheit versuchte Restrukturierungen und den Personaleinsatz bzw. Personalabbau bei den VHS.

Die Erwachsenenbildung ist ein wichtiger Bestandteil der Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in Wien. Aus diesem Grund erhält die Wiener Volkshochschulen GmbH zur Erfüllung ihres Bildungsauftrages aus dem Titel eines Finanzierungsübereinkommens, abgeschlossen zwischen der Wiener Volkshochschulen GmbH und der Stadt Wien, jährlich eine finanzielle Abgeltung von der Stadt Wien zur Sicherstellung der Geschäfts- und Betriebsführung der GmbH.

Zusätzlich zu dieser finanziellen Abgeltung zur Sicherstellung der Geschäfts- und Betriebsführung erhält die VHS von der Stadt Wien Förderungsmittel für die Initiative Erwachsenenbildung, Förderungsmittel für die Förderung 2.0 – Wiener Lernhilfe, Förderungsmittel für die Sommerlernstationen, Förderungsmittel für die Summer City Camps sowie weitere Förderungsmittel für Integration aus der MA 17.

Das Finanzierungsübereinkommen und zumindest eine weitere Zusatzvereinbarung zwischen Die Wiener Volkshochschulen GmbH, an der die Stadt Wien 25,1% der Gesellschaftsanteile hält, und der Stadt Wien räumen der Stadt Wien über den Stadtrechnungshof weitgehende Kontrollrechte ein. Im Hinblick auf die beträchtlichen, durch die Stadt Wien eingesetzten Mittel für die VHS und die Erzählungen über immer wieder gescheiterte Restrukturierungsversuche in den VHS und die jüngste, medial bekannt gewordene Kündigungswelle samt sofortigem Finanzierungsbedarf von mindestens EUR 5.000.000,- erscheint eine weitere, genaue Prüfung der Gebarung der Wiener Volkshochschulen GmbH durch den Wiener Stadtrechnungshof dringend geboten.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gem. § 73e Abs 1 1. Satz Wiener Stadtverfassung folgendes

Prüfersuchen:

Der Stadtrechnungshof Wien wird ersucht, besondere Akte der Gebarungskontrolle für den Zeitraum 2019 bis 2022 durchzuführen. Der Stadtrechnungshof Wien möge im Rahmen dieses Prüfauftrages die gesamte Gebarung der Wiener Volkshochschulen GmbH (in Folge VHS) sowie von Tochtergesellschaften, soweit sich dessen Prüfbefugnis darauf erstreckt, auf die ziffernmäßige Richtigkeit, auf die Ordnungsmäßigkeit sowie auf die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit prüfen.

Die Prüfung von - auch abgebrochenen - eigenen oder extern begleiteten Restrukturierungs- bzw. Reorganisationsversuchen der VHS soll den Zeitraum ab 2015 erfassen.

1. Wie ist die Entwicklung der Höhe der Zuwendungen an die VHS und etwaige Töchter seit Beginn der Rechtsform in 2007? Wie hoch waren diese jährlichen Zuwendungen ab 2017?
2. Haben die angekündigten Einsparungsmaßnahmen bei der VHS Auswirkungen auf den durch diese für die Stadt Wien zu erbringenden Bildungsauftrag?
3. Welche Förderungen wurden seitens der Stadt Wien in den Jahren 2020 bis 2022 jeweils an die VHS zu welchen Projekten ausgezahlt?
4. Sind die Auszahlungsbedingungen nach dem Finanzierungsübereinkommen seitens der Stadt Wien weiterhin gegeben?
5. Stehen die beabsichtigten Einsparungsmaßnahmen in einem Zusammenhang mit der Tätigkeit des aufgrund des Finanzierungsübereinkommens eingerichteten Evaluierungsausschusses?
6. Haben sich aus der Arbeit des Evaluierungsausschusses Umstrukturierungsnotwendigkeiten bei der VHS ergeben und wenn ja, welche?
7. Stehen strategische Überlegungen hinter den bereits erfolgten Kündigungen von Personal hinsichtlich des Sanierungskonzeptes, das bereits 2018 erarbeitet worden sein soll, um kurz- bzw. mittelfristig ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen?
 - a. Wenn ja, welche?
8. Werden andere Maßnahmen als Personalabbau im Rahmen des angeführten Sanierungskonzeptes getroffen, um kurz- bzw. mittelfristig ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen?
 - a. Wenn ja, welche?
9. Wie viele Mitarbeiter:innen pro Funktionsgruppe laut BABE-Kollektivvertrag sind von den Kündigungen betroffen und wie ist hierbei die Verteilung nach Geschlechtern?
10. Wie soll sichergestellt werden, dass der Abbau von Personal "sozialverträglich" über alle Bereiche gleichermaßen erfolgt?

11. Wurden seit 2018 neue Funktionen geschaffen?
 - a. Wenn ja welche?
12. Wurde während der Lockdowns 2020 und 2021 Kurzarbeit beantragt?
 - a. Wenn ja, für wie viele Arbeitstage pro Funktionsgruppe und wie hoch war jeweils die vom AMS ausbezahlte Kurzarbeitsbeihilfe?
13. Aus dem „Transparenzportal Personenbezogene Veröffentlichung von COVID-19 Wirtschaftshilfen“ ist ersichtlich, dass die VHS 800.000,- Euro für das Jahr 2020 erhalten hat.
Ist der Jahresüberschuss, der im Jahr 2020 erzielt wurde, daher aus den COVID-19 Wirtschaftshilfen und der allenfalls ausbezahlten AMS Kurzarbeitsbeihilfe ableitbar?
 - a. Wenn nein, wie wurde dieser Überschuss sonst erzielt?
14. Wurde für das Jahr 2021 ebenfalls eine Wirtschaftshilfe beantragt?
 - a. Wenn ja, in welcher Höhe?
15. Falls im Jahr 2021 COVID-19 Wirtschaftshilfen genehmigt worden sein sollten, woraus ergibt sich der Jahresfehlbetrag in fast derselben Höhe wie jener im Jahr 2019?
16. Hat die die VHS im Rahmen der Pandemie noch weitere Hilfen als die oben erwähnten erhalten? Wenn ja, welche?
17. Wurden in den letzten 10 Jahren externe Beratungsfirmen, Organisationsentwickler:innen uä beauftragt?
 - a. Wenn ja, was waren die Empfehlungen und welche davon wurden umgesetzt? Welche wurden nicht umgesetzt und warum nicht?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
18. Welche externen Beratungsfirmen wurden beauftragt?
19. Wie hoch waren die Kosten für die einzelnen externen Beratungstätigkeiten jeweils?
20. Auf welchen Daten fußt die bisherige Strategie, keine Standorte zu schließen?
21. Wurden bisher ausgabenseitige Maßnahmen gesetzt und wenn ja, welche?
22. Warum wird angesichts der seit Jahren angespannten finanziellen Lage der VHS das Veranstaltungszentrum Kulturgarage übernommen?
 - a. Welche Kosten und Erlöse wurden bisher für diesen Betrieb verbucht?

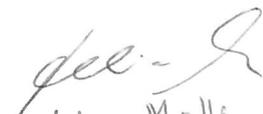
Wien, am 21.12.2022


Margy Ullrich

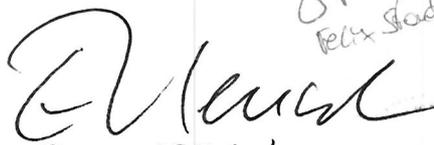

Felix Stadler


Nikolaus Kunzeth


Heidi Spuler


Julia Malli

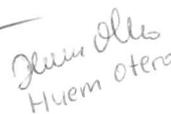

ÖMBA ÖETAS

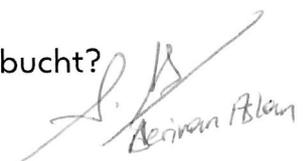

ELLENSOHN


Ansenovic


Chale Berner
Chale Berner


GEORG PRACH


Juan Pablo Huem Otero


Armin Blum